

# Jeder Thälmann-Wähler ein KPD.-Kämpfer!

Für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. — Sammelt die Thälmann-Wähler in einer gefestigten Oppositionsbewegung

## Das Reichskabinett entscheidet noch in dieser Woche

5 Millionen Stimmen für den Kommunismus! 5 Millionen deutsche Wähler haben am Sonntag für Thälmann, für den Kommunismus gestimmt. Das für eine gewaltige Kraft wären diese Millionen gewesen, wenn jeder Thälmann-Wähler zum aktiven Kämpfer des Klassenkampfes wird.

Vor den Millionen proletarischer Thälmann-Wähler steht nunmehr die Aufgabe, die Konsequenzen aus ihrem Bekenntnis zur roten Front zu ziehen. Für die Thälmann-Wähler im Betrieb und auf der Stempelstelle heißt es nunmehr: Jeder Thälmann-Wähler ein KPD.-Kämpfer!

Die Montagszeitungen bringen zugleich mit den Zahlen über das Wahlergebnis die Mitteilung, daß noch in den nächsten Tagen das Reichskabinett sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftigen wird. Wir haben mehrmals in der „Roten Fahne“ auf den Inhalt der neugeplanten „Reform“ der Erwerbslosenversicherung hingewiesen. Was die Arbeitsbeschaffungspläne des Reichsarbeitsministers, des Reichswirtschaftsministers und der Gewerkschaftsführer angeht, so erklärt ein Montagsblatt, daß Siegerwald für die Ausgabe von Rentenbankscheinen eintritt, um die für die Verwirklichung seines Arbeitsbeschaffungsplanes notwendige Milliarde Mark herbeizuschaffen. Zugleich weist dieses Blatt darauf hin, daß der Reichskanzler Brüning und der Reichsbankpräsident Luther dieses Projekt für inflationistisch halten und es ablehnen. Die Entscheidung soll noch in den nächsten Tagen fallen.

Wie diese Entscheidung auch ausfällt, das eine ist sicher, wir stehen vor einer Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung. Die Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung stellen und Gewerkschaftsführer werden — wenn sie auch in vollem Umfang durchgeführt werden sollen — den Millionen Erwerbslosen keine Arbeit bringen. Handelt es sich doch nach dem „Kühnsten“ dieser Pläne um Beschäftigung für 200.000 direkt und weitere 400.000 Erwerbslose indirekt. Zugleich soll das Geld für die Arbeitsbeschaffung in solcher Art und Weise aufgebracht werden, daß eine reale Gefahr für die Reallohn der gesamten Arbeiterschaft entstehen kann.

## Die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. und RGO.

Die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition haben Arbeitsbeschaffungsforderungen aufgestellt und auch den Weg gezeigt, wie diese Forderungen verwirklicht werden können. Die KPD. und RGO. haben den Weg gezeigt, wie man nicht nur eine Milliarde, sondern viele Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffung freimachen kann, ohne den Reallohn der Beschäftigten zu gefährden. Allerdings muß, wenn die Forderungen der KPD. und RGO. durchgeführt werden sollen, den Reichs ein Teil ihrer Bezüge genommen werden. Das will aber die herrschende Klasse und ihre sozialfaschistische Lakaien nicht.

Aber nicht allein die Erwerbslosen müssen für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. und RGO. kämpfen. Diese Arbeitsbeschaffungsforderungen sind die Angelegenheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse, der Erwerbslosen genau so wie der Betriebsarbeiter. Wir haben in unserer Sonntagsausgabe berichtet über den frechen Vorstoß der Unternehmer in der graphischen Industrie und im Baugewerbe, um eine generelle Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in diesen Industriezweigen durchzusetzen.

Am 30. April laufen die meisten aller notverordneten Tarifverträge ab. Die Unternehmer planen einen neuen gewaltigen Anschlag auf die dürftige Lohnhöhe des deutschen Arbeiters.

Deshalb auch die Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung, damit die Distanz zwischen der Lage des Erwerbslosen und des Betriebsarbeiters eingestrichelt wird.

Der Krisenkongreß der Hindenburg-Sozialisten, der schon am

## Giftgasförmige wässrige Arbeiter bestechen

Halle, 14. März. Arbeiterkorrespondenten des Leunaerwerks berichten: Neuerdings werden wieder Beladungen von Kriegsmaterial vorgenommen. 100 Waggons 40 prozentigen Nitrogens werden in Säcken nach Kobe und Yokohama verladen. Die Auszeichnung der Ladegüter wird unter strengster Bewachung vorgenommen. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Ladungen über Frankreich gehen.

Die ungeheuren Produktionssteigerungen in der imperialistischen Kriegsrüstungskammer Leuna haben die Verfeinerung zu raffinierteren Maßnahmen veranlaßt. Es erfolgte am letzten Sonntag eine Umgruppierung der Arbeiter nach den verschiedensten Stufen der Betriebszulagen. Einzelne Handwerker bekommen dadurch 8½ bis 20 Pf. pro Stunde mehr. Es handelt sich dabei um Arbeiter, die an den wichtigsten Produktionsstätten stehen. Die Betriebsleitung hat eine genaue Auslese gemacht.

Dieses Manöver der Leuna-Direktion zeigt, wie sehr die Unternehmer die Kampfkraft der Arbeiter fürchten. Sie versuchen, sie zu lockern, indem sie ihr von den Millionenverdienenden Broden hinwerfen. Arbeiter, laßt euch durch solche und ähnliche Manöver nicht einfangen! Verweigert die Kriegsproduktion und die Verladung von Kriegstransporten! Alle Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion!

## Pflichtarbeiterstreik gegen Unterstützungsabbau

In Wensheim (Pfalz) wurden die Richtfuge für Füllsorgeempfänger und die Unterstützung der Wohlfahrtssetwerbslosen und der Pflichtarbeiter um 15 bis 20 Prozent gekürzt. Die Pflichtarbeiter, die 4 Tage in der Woche arbeiten, erhielten dadurch nur noch 6 und 8 Mark ausgezahlt. Gegen diesen unerhörten Unterstützungsabbau traten die Pflichtarbeiter und Wohlfahrtssetwerbslosen geschlossen in den Streik.

27. März zusammenkommt, hat die Aufgabe, die Arbeiterschaft für den neuen Angriff auf den Lohn und auf die Erwerbslosenunterstützung gefügig zu machen. Unter großprecherischen Parolen und Schlagworten soll die graue Wirklichkeit demantelt werden. Der Krisenkongreß der Gewerkschaftsbürokraten will aktiv neue Maßnahmen der Bourgeoisie unterziehen, die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von diesen Maßnahmen ablenken, die Arbeiterschaft vom Kampf wieder mal zurückhalten.

## Nur eine Woche bis zum Krisen-kongreß!

Nur eine Woche ist bis zum Krisenkongreß verblieben. Betriebsarbeiter und Erwerbslose in den Gewerkschaften, keinen einzigen Tag verlieren! Rufft vor euren Kollegen die Fragen des Krisenkongresses auf! Wo die Gewerkschaftsbürokraten es ablehnen, außerordentliche Versammlungen einzuberufen, ruft diese Versammlungen selbst ein! Nehmt in diesen Versammlungen für die

Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD. und RGO. Stellung und wählt Delegationen zum Krisenkongreß!

Der Bezirksausschuß der RGO. Berlin hat gemeinsam mit den Vorständen der roten Verbände zu Mittwoch, dem 23. März, abends 7.30 Uhr, nach dem Saalbau Friedrichshain eine große Kundgebung einberufen.

In dieser Kundgebung wird das revolutionäre Berliner Proletariat den „Arbeitervertretern“, die sich im Reichstag zu ihrem Krisenkongreß versammelt haben, die Wahrheit ins Gesicht schmeißen.

Klassenbewußte Gewerkschaftskollegen, benützt die wenigen Tage bis zum Kongreß, um einen Sturm gegen den neuen Verrat der Gewerkschaftsführer zu entfachen. Benützt diese Tage, um die Thälmann-Wähler in Gewerkschaft und Betrieb in einer gefestigten Oppositionsbewegung zu sammeln!

## Wieder ein BSG.-Betriebsrat gemäßigert

Sozialdemokratie im Bunde mit den Nazis — Das ist die Politik des „kleineren Übels“

Am Freitag ist der rote BSG.-Betriebsrat Genosse Heinen, der der „Eisernen Front“ wegen seines mutigen Eintretens für die Interessen der Belegschaft ein Dorn im Auge war, striftlos entlassen worden. Angeblich soll er sich „ungehörig und dienstwidrig“ benommen haben.

Der Genosse Heinen war in seinen dienstfreien Tagen in den Mannschaftsraum auf dem Bahnhof Alexanderplatz gekommen, um dort den Dienstplan einzusehen. Ein paar Nazis, die herumstanden, provozierten sofort, indem sie erklärten, die Kommunisten hätten wieder einen Nazi ermordet. Als Heinen darauf ein paar Worte erwiderte, tat sich die Tür auf und herein trat der Gruppenaufseher Mäse, prominenter Mitglied der „Eisernen Front“ und gleichzeitig freigewerkschaftliches Betriebsratsmitglied. Er verwies dem roten Betriebsrat den Raum, da er dort nichts zu suchen habe. Das dienstwidrige Verhalten des Genossen Heinen

soll darin bestehen, daß er antwortete, er habe ein Recht dazu, den Raum zu betreten.

Außerdem soll Heinen den Dienst verweigert haben. Man verlangte von ihm an einem dienstfreien Tage Arbeit, obwohl angeblich Ueberflus an Personal vorhanden ist und Prolet weitere Arbeiter entlassen will. Selbstverständlich lehnte der Genosse als roter Betriebsrat diese Zumutung ab.

Das sind die Vorwände, die man zur Entlassung des Klassenbewußten Funktionärs benutzte. Diese Tat der sozialdemokratischen Personaldirektion und des sozialdemokratischen Aufsehers und Betriebsratsmitgliedes ist eine direkte Hilfe für die Nazis, die ihre Agitation ungehindert durchführen können, während mit allen Mitteln versucht wird, den Vormarsch der RGO. bei der BSG. durch immer neue Maßregelungen und andere Terrormaßnahmen aufzuhalten.

## Die Baulöwen fordern neuen Lohnabbau

17,6 Prozent Lohnabbau durch neue Notverordnung — „Krisenkongreß“ als Deckmantel für neuen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie — Rüstet zum Kampfkongreß der Bauarbeiter!

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium fordern die drei baugewerblichen Spitzenverbände die Belegschaft der durch Notverordnung festgelegten Bauarbeiterlöhne herbeizuführen.

Das bedeutet nicht weniger als die Forderung der Bauunternehmer an die Reichsregierung, die Löhne der Bauunternehmer durch eine neue Notverordnung weiter radikal herabzusetzen, nachdem kaum die Senkung der Löhne durch die letzte Notverordnung um etwa 15 Prozent erfolgt ist. Der jetzige Schlag ist von langer Hand vorbereitet. Bereits im Januar dieß es, daß die Notverordnungslöhne der Bauarbeiter nicht für allgemeinverbindlich erklärt werden könnten, da ihre allgemeine Durchsetzung in Hinblick auf die wirtschaftliche Lage äußerst zweifelhaft erscheine.

Bei einigen Wochen bereits haben maßgebende Leute im Reichsarbeitsministerium ähnliche Pläne ausgesprochen.

Und selbst der „Vorwärts“, der ja bei seinen guten Beziehungen zu Stegerwald am besten informiert sein dürfte, muß zugeben, daß die Erfüllung dieses Wunsches der Unternehmer gar nicht mehr außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt.

Aber auch die Bürokratie der reformistischen Bauarbeiterverbände hat den neuen Unternehmervorstoß vorbereiten helfen.

Die „Bauwelt“, das Organ der Unternehmer, berichtet am 18. März, daß man sich bereits am 22. Februar mit den „Vertretern der Arbeiterklasse“ in bezug auf die neuen Abbauvorschläge geeinigt habe. Die Verhandlungen haben diese Tatsachen vor der Mitgliedschaft geheimgehalten. Jetzt wollen sie von ihrem abermaligen Verrat ablenken, indem sie im „Vorwärts“ an das Reichsarbeitsministerium appellieren, in dem nach ihrem eigenen Geständnis die Befürworter des neuen Lohnabbaus sitzen.

Bei den Zimmerern ist bereits bekannt, daß ein Abbau von 1,25 Mark auf 1,03 Mark vorgesehen ist. Das geht aus einem Rundschreiben der Gauleitung Berlin-Brandenburg des reformistischen Zimmererverbandes vom 10. März hervor. Dort wird gleichzeitig mitgeteilt, daß für den heutigen Tag bereits Verhandlungen mit den Unternehmern festgelegt sind, und nun kommt das ungeheuerliche: Die Zahlstellenvertreter werden aufgefordert, von der Teilnahme an diesen Verhandlungen „abzusehen“ und alle Entscheidungen der Gauleitung zu überlassen.

Das ist das Eingeständnis, daß schon jetzt die Auslieferung der Bauarbeiter an die Unternehmung von der Verbandsbürokratie beschlossene Sache ist. Um so mehr haben die Bauarbeiter allen Anlaß, mit allen Kräften unter Führung des roten Einheitsverbandes und der RGO. den Abwehrtampf vorzubereiten.

Durchkreuzt den Betrug mit dem Krisenkongreß!

Gesteigerte Bedeutung gewinnt in dieser Situation die Kampfkraft der Bauarbeiter, die am 25. März in Berlin stattfindet. Auf dieser Konferenz wird die Frage der Herstellung der revolutionären Einheit aller Berliner Bauarbeiter im Kampf gegen die neuen unerhörten Unternehmervorstöße im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Der neue Verrat der reformistischen Verbandsbürokratie muß von den Mitgliedern aller Bauarbeiterverbände beantwortet werden mit der Wahl von Delegierten zur Kampfkongferenz in allen Bezirken.

Die Mobilisierung zum Kampf gegen den neuen Lohnabbau und zur Konferenz am 25. März muß verbunden werden mit der breitesten Kampagne gegen die neuen Schwindelmanöver der Gewerkschaftsbürokratie, die unter dem Stichwort „Arbeitsbeschaffung“ auf dem sogenannten Krisenkongreß durchgeführt werden sollen. Alle Bauarbeiter müssen erkennen, daß die Schaffung einer einheitlichen Kampffront nur möglich ist, wenn es gelingt, die neuen Betrugsmanöver der Gewerkschaftsbürokratie zu durchkreuzen und eine große Zahl von Delegierten der Gewerkschaftsmitglieder zum Berliner Kongreß zuzubringen.

## BSG.-Arbeiter wehren Sib-Aktion ab

Am 8. März verjagten 120 bis 150 Nazis eine groß angelegte Propaganda vor der BSG.-Hauptwerkstatt und Wagendepot durchzuführen.

Der Belegschaft der BSG. bemächtigte sich auf Grund der dauernden Anwesenheit eine ungeheure Erregung. Sie verjagten die Nazis von ihrem Betrieb. Den Nazis ist auf Grund der Abwehrmaßnahmen der BSG.-Arbeiter die Lust zu einer weiteren Agitation gründlich genommen worden.

Gleichzeitig zeigt sich aber, weshalb die SA-Kaserne in der Lohmühlenstraße vor die Tore der Großbetriebe gesetzt wurde. Auch die Arbeiterschaft von der AGS. Treptow und Ehrlich & Sträh wird ständig von den Nazis provoziert.

Die BSG.-Arbeiter fordern alle Arbeiter der Treptower Großbetriebe auf, sich in Schutzklassen zusammenzuschließen und sich als rote Wahlhelfer für den Kandidaten der antifaschistischen Einheitsfront, Ernst Thälmann, zu melden.

## Opposition im Lederarbeiterverband!

Am Mittwoch, dem 16. März, 19.30 Uhr, wichtige Sitzung Münzstraße 24 II. Alle Kollegen, die mit der Politik der Bürokratie nicht einverstanden sind, erscheinen.

## Öffentliche Konfektionsarbeiterversammlung

am Mittwoch, dem 16. März, 19.30 Uhr, in Havertlands Festsaal, Neue Friedrichsde Köchstraße.

KPD.-Mitglieder im ZWB.: Fraktionsitzung heute 19 Uhr in Böckers Festsaal, Weberstraße.

RGO.-Postler, die Mitglieder einer Gewerkschaft sind: wichtige Besprechung heute 19 Uhr, Münzstraße 24, 2 Tr.

RGO.-Mahnung. Alle Betriebsgruppenleiter, die von den Nazis noch keine Karten zum Fest der „Tribüne“ erhalten haben, müssen diese sofort von der Münzstraße 24, 2 Tr., abholen.